

EHE FÜR ALLE BESCHLOSSEN!

393 Abgeordnete und 226 Gegenstimmen - dies ist das Ergebnis zum Antrag "Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts", damit ist die "Ehe für alle" beschlossen. Mit einer Mehrheit aus Grünen, Linken und der SPD sowie mit 75 Stimmen der Unionsfraktion ist die Gleichsetzung homosexueller Partnerschaften in Deutschland nun zulässig. Bundeskanzlerin Merkel stimmte wie die Mehrheit der Union gegen den Antrag, CDU-Generalsekretär Peter Tauber, Kanzleramtschef Peter Altmeier sowie Ex-Ministerin Kristina Schröder stimmten dafür.

KOMMENTAR

»MERKEL DIE FORMWANDLERIN«

Von Alice Greschkow

Chapeau, Frau Merkel! Unsere Bundeskanzlerin hat diese Woche gezeigt, was ihr über so viele Jahre die Macht nach innen zur Partei, aber auch nach außen zur Bevölkerung garantiert hat - leichtfüßiges Taktieren, ohne dass es unbedingt als solches wirkt.

Nachdem Martin Schulz sich entschied, mit dem Vorstoß zur Ehe für alle Ernst zu machen, murmelte Frau Merkel, dass es sich bei einer Abstimmung um diese Idee um eine Gewissensentscheidung handeln würde ohne Fraktionszwang. Ärgerlich für die Unionsfraktion, welche die heterosexuelle Ehe wegen der Kirche, Demografie, Tradition oder vermeintlichen rechtlichen Bedenken weiterhin exklusiv schützen wollte und wohl von der scheinbaren Willkür der Kanzlerin bezüglich der Frage überrumpelt war.

Merkel hat hingegen richtig taktiert - sie konnte ein emotionales Wahlkampfthema von Grünen und SPD abgrasen (höchstwahrscheinlich wissenschaftlich, dass die gesellschaftliche Mehrheit für die Gleichstellung ist) und sich durch ihre eigene Wahl gegen den Vorstoß als Kanzlerin einer konservativen Partei positionieren, die jedoch mittlerweile in der Gegenwart angekommen ist.

Dass sie selbst gegen die "Ehe für alle" stimmte, mag den einen oder anderen verwundert haben - Merkel, die von vielen als sozialdemokratischstes Parteioberhaupt in der Geschichte der CDU betrachtet wird, hat jedoch wieder klug gehandelt. Unabhängig davon, was sie tief in ihrem Herzen über die Gleichstellung der Ehe von homosexuellen Paaren denkt, zeigt sie der Mehrheit der Fraktion mit ihrem Votum, dass sie noch konservativ ist, überließ die Entscheidung jedoch der "linken" Mehrheit aus Grünen, Linke, SPD und den 75 Unions-Abgeordneten. Bürger zufrieden, Partei zufrieden.

Hinter diesem Balanceakt zementiert sich Merkels größte Stärke - sie gibt keine Angriffsfläche, Bürger können ihre Hoffnungen und die positiven Entwicklungen dieses Staates auf sie projizieren, weil sie sich so unfassbar selten aus Überzeugung politisch positioniert. Die Aussage "mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich-sozial", die sie 2009 bei Anne Will traf, manifestierte sich in 12 Jahren Regierungszeit durch inhaltliches Taktieren - heute hier, morgen dort. Das ist zwar eine effektive Machtstrategie, aber auch eine Abfuhr an den repräsentativen Parlamentarismus, der neben der technokratischen, unausweichlichen Verwaltung auch aus der Debatte, Zukunftsvisionen und Begeisterung bestehen sollte.

Aber was soll's - die Bürger sind besänftigt, wozu sollte man auch die Pfeiler unserer Gesellschaft für die Zukunft auch modellieren, wenn man einfach verharren kann?

Gugl-Hupf 

MAAS TRIUMPHIERT AM LETZTEN SITZUNGSTAG MIT UMSTRITTEMEN "FACEBOOK-GESETZ"

Viele erinnern sich an 2014/2015 - die Hasskommentare im Internet erreichten einen bis dato nie gewesenen Höhepunkt und mündeten nicht nur in groben Pöbeleien, sondern auch in Aufrufen zur Vergewaltigung, Mord und Folter gegen Journalisten, Minderheiten, aber auch durchschnittliche Privatpersonen.

Bundesjustizminister Heiko Maas setzte lange auf die Freiwilligkeit der sozialen Netzwerke gegen die Hasskommentare vorzugehen - ohne Erfolg. Nach einem langen Ringen wurde heute nun das "Netzdurchsetzungsgesetz" beschlossen. Deses sieht vor, dass "offensichtlich Rechtswidriges" binnen 24 Stunden von sozialen Plattformen gelöscht werden soll, bei zweifelhaften Fällen haben die Internetkonzerne eine Frist von sieben Tagen.

Bürgerrechtler sehen das Ende der Meinungsfreiheit und den Beginn einer staatlichen Zensur, jedoch zielt das Gesetz eher auf das Ende des rechtsfreien Raumes im Internet ab, anstatt auf Zensur. Das Gesetz findet keine Anwendung bei E-Mail-Anbietern, Messengern, Karriereplattformen oder journalistischen Portalen, sondern betrifft soziale Netzwerke mit mindestens zwei Millionen registrierten Nutzern in Deutschland - somit also Facebook, Youtube, Twitter und Instagram. Auch das Risiko von "Löschorgien" wurde reduziert - Bußgelder drohen den Konzernen lediglich bei systematischem Versagen.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

RESÜMEE ZUM NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS VON CHRISTIAN FLISEK



Christian Flisek, Obmann der SPD-Fraktion im NSA-Untersuchungsausschuss;

Quelle: SPD-Bundestagsfraktion

Der NSA-Untersuchungsausschuss war harte Arbeit, aber auch ein großer Erfolg. Akribisch haben wir den Untersuchungsauftrag des Plenums erfüllt. Als SPD-Fraktion ging es uns immer darum, ernsthaft die Fragen des Untersuchungsauftrags zu beantworten und vor allem die richtigen Schlussfolgerungen aus den im Ausschuss gewonnenen Erkenntnissen zu ziehen.

Die Opposition nutzt diese dreieinhalb Jahre mühsamer Aufklärung auch heute noch lediglich zur Skandalisierung. Eigene sachgerechte Vorschläge, welche Folgerungen aus den aufgeklärten Missständen zu ziehen sind, sucht man bei ihr vergebens.

Die SPD-Fraktion hat zum Gelingen dieses Ausschusses maßgeblich beigetragen: Während die Union gemeinsam mit der Bundesregierung gerne wenig unternommen und die Opposition am liebsten täglich die große „Snowden-Show“ aufgeführt hätte, haben wir über dreieinhalb Jahre die Aufklärung vorangetrieben. Wir

haben dabei immer wieder versucht, Kompromisse zu finden, auszugleichen und den Koalitionspartner anzutreiben, um den durch die Ausschussarbeit ans Licht getretenen Missständen im BND in der Sache zu begegnen.

Damit haben wir nachgeholt, was eigentlich schon seit dem Jahr 2013 Aufgabe der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes gewesen wäre. Sie haben in der NSA-Affäre versagt. Während die Kanzlerin in selbstgewählter Ahnungslosigkeit das „Abhören unter Freunden“ trotz angeblich intensiver „No Spy“-Verhandlungen mit den USA empört als unmoralisch kritisierte, versuchten die Chefs von Kanzleramt und BND kollusiv genau diese Praxis im eigenen Dienst lautlos unter den Teppich zu kehren. Die Aufarbeitung erfolgte erst 2015 auf Veranlassung des Untersuchungsausschusses.

Am Ende haben wir zwar mehr das Handeln unserer eigenen Dienste als das der Dienste der „Five Eyes“-Staaten (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) erhellen können, weil diese zu keiner Kooperation bereit waren. Ein klarer Befund ist aber, dass Deutsche auf deutschem Boden nicht massenhaft von der NSA ausgespäht wurden.

Der Fokus auf die deutschen Dienste hat letztlich dazu geführt, dass wir auf Drängen der SPD-Fraktion unsere eigenen Nachrichtendienste aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt und endlich gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen haben, die die Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des BND auf klare rechtliche Grundlagen stellen und die parlamentarische Kontrolle nachhaltig verbessern. Das ist das wichtigste Ergebnis des NSA-Untersuchungsausschusses.

TRUMP STRAUCHELT WEITER MIT NEUER GESUNDHEITSREFORM

Donald Trump versucht weiterhin den Affordable Care Act - die Gesundheitsreform, die als "Obamacare" bezeichnet wird - zu reformieren und sucht dafür Mehrheiten. Die Republikaner, die eine Mehrheit im Senat stellen, sind unentschlossen.

Die geplante Abstimmung wurde erneut verschoben, da es aus unterschiedlichen Gründen Zweifel gibt. Einige bezeichnen die Änderungen als nicht weitreichend genug, andere wiederum befürchten den Stimmverlust durch die prognostizierte Zusatzbelastung für die sozial schwache Bevölkerung.

Trump hat bereits einmal nicht genug Stimmen im Senat für seine Reform sammeln können und hat nur noch eine Möglichkeit diese zu implementieren. Sollte auch bei der zweiten Abstimmung keine Mehrheit

zustandekommen, muss der Entwurf verworfen werden.

Der Senat wird frühestens am 10. Juli über die Gesundheitsreform abstimmen können, da zwischenzeitlich die Feierlichkeiten für den Nationalfeiertag am 4. Juli stattfinden.

Bis dahin wird Trump noch stark für seine Gesundheitsreform werben müssen und der Kritik entgegenwirken, dass sein Vorstoß für medizinische Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten führen könnte.

Trump kritisiert Obamacare als zu teuer, bürokratisch und ineffizient. Obwohl die US-Amerikaner in der Vergangenheit gegen aus ihrer Sicht paternalistische Eingriffe des Staates in die Absicherung waren, nutzen viele Bürger diese Versicherung.

KLIMAWANDEL ALS RISIKO FÜR DIE WIRTSCHAFT

Mark Carney, Chef der Bank of England, zeigt sich in einem Handelsblatt-Interview besorgt über die Folgen des Klimawandels für die Wirtschaft.

Der erfahrene Banker sieht vor allem Risiken für Investoren, wenn durch den Klimawandel Landstriche veröden, fossile Energiereserven nicht mehr gefördert werden können oder extreme Wetterbedingungen zu Zerstörung führen.

Seiner Meinung nach sind die Risiken für die Finanzbranche nicht hinreichend untersucht und deswegen von vielen Wirtschaftsexperten massiv unterschätzt.

Die Finanzmärkte könnten perspektivisch durch Worst-Case-Szenarios wie massive Landabtragung durch den steigenden Meer-

esspiegel und unvorhersehbare Wellen von Klimaflüchtlings ins Straucheln kommen.

In einer Arbeitsgruppe des Financial Stability Boards (FSB) möchte Carney mit Unternehmen, politischen Entscheidungsträgern und Investoren nicht nur über die Risiken sprechen, sondern auch über ihre Arbeitsrealität sprechen - welche Bilanzen erwarten die Praktiker bspw. durch CO2-sparende Maßnahmen oder strenge staatliche Klimavorgaben und wie beeinflussen diese das Geschäft?

Mehr als 100 global agierende Unternehmen sind bereits in dem Programm eingestiegen und möchten die Empfehlungen des FSB umsetzen.

BUNDESREGIERUNG WILL ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT STÄRKEN

In einem Antrag der Unions- und SPD-Fractionen fordert die Regierung eine Stärkung der Östlichen Partnerschaft, die in den vergangenen Jahren hinter den Erwartungen zurückgeblieben war.

Das Programm mit den ehemaligen Sowjet-Staaten Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldau und der Ukraine sah die Kooperation zwischen diesen Ländern und der EU als elementares Bindeglied für eine nachhaltige Handels- und Friedenspolitik.

Die Stärkung des Handels, aber auch der zivilgesellschaftlichen und politischen Ver-

bindungen in Bezug auf Modernisierungs- und Demokratisierungsreformen stehen im Vordergrund. Mit dem Ausbruch der Krim-Krise konnten jedoch viele Hoffnungen nicht erfüllt werden - daher möchte die Bundesregierung dem Modell zum Ende der Legislaturperiode besonderen Nachdruck verleihen.

Trotz der unterschiedlichen Standpunkte und Interessen Russlands und der EU soll die Östliche Partnerschaft nicht an Bedeutung verlieren, vor allem in Bezug auf Energie- und Sicherheitspolitik sind die jeweiligen Länder von besonderer Bedeutung.

MERKEL MÖCHTE TTIP WIEDERBELEBEN

Es sei die einzige Möglichkeit die vielen Handelshemmnisse zu überwinden - so erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates ihren Vorstoß, das Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU

wiederzubeleben. Dabei war der US-Handelsminister Wilbur Ross zugeschaltet. Ross zeigte sich offen für die Idee, wiederholte jedoch das zu erwartbare Mantra der gegenwärtigen Regierung: "Deals" müssten fair für die USA sein.

PERSONALIEN

TESCHKE WIRD GESCHÄFTSFÜHRER DES FORUMS FÜR AUTOMATENUNTERNEHMER

Jens Teschke (48) ist vom 1. August an neuer Geschäftsführer des Forums für Automatenunternehmer in Europa. Der gelernte Journalist arbeitet derzeit noch als Referatsleiter im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und ist dort zuständig für den Kontakt zum Europäischen Parlament und zu den Mitgliedern des Europäischen Parlaments. In seiner neuen Position folgt Teschke auf Jutta Keinath, die seit 2009 beim Forum gearbeitet hatte, seit 2012 als Geschäftsführerin des Verbands und der Service GmbH.

Zuvor war er für die Minister Hans-Peter Friedrich und Christian Schmidt Ministeriumssprecher beziehungsweise Leiter der Pressestellen sowohl im BMEL als auch im Bundesinnenministerium (BMI) und Pressesprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag unter Peter Ramsauer und Hans-Peter Friedrich gewesen.

GERSTEIN WIRD GESCHÄFTSFÜHRERIN EUROPAPOLITIK DES HDE

Antje Gerstein (52) ist vom 1. September an Geschäftsführerin Europapolitik und Leiterin des Brüsseler Büros des Handelsverbands Deutschland (HDE). Sie folgt auf Astrid Krone-Hagenah, die die Position seit 2011 innehatte. Gerstein wechselt von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), wo sie Geschäftsführerin und Leiterin der Repräsentanz in Brüssel war. Beim HDE wird sie an den Hauptgeschäftsführer Stefan Genth berichten.

BUSSE IST GESCHÄFTSFÜHRERIN DES ZAW

Julia Busse (45) ist zum 1. Juni vom Präsidium des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) zur weiteren Geschäftsführerin ernannt worden. Sie ist seit 2000 für den ZAW tätig und war zuletzt Justiziarin. In ihrer neuen Position berichtet sie an den Hauptgeschäftsführer Manfred Partaina.

CENTURY OF THE CHILD: AUSSTELLUNG DER NORDISCHEN BOTSCHAFTEN

Die Nordischen Botschaften haben mit Unterstützung des Nordischen Ministerrats die Ausstellung "Century of the Child" vorbereitet, die am 14. Juli eröffnet wird. Lebensräume und die Wahrnehmung der sozialen Position von Kindern in nordischen Ländern werden dabei beleuchtet. Eine große Rolle spielen daneben auch Designs diverser Produkte, die für Kinder hergestellt wurden.

Die Ausstellung wird bis zum 22. Oktober offen sein, ein breites Rahmenprogramm mit diversen Podiumsdiskussionen, Designworkshops oder Filmabenden werden angeboten. Mehr Informationen auf: www.nordischebotschaften.org

WORTE DER WOCHE

»Eine Gesellschaft, die alte Menschen zu lange zum Arbeiten zwingt und eine ganze Generation ohne Arbeit lässt, ist dumm und kurzsichtig.«

Papst Franziskus.

»Wenn wir all unsere Kräfte mobilisieren, dann können wir stärkste Partei werden.«

Altkanzler Gerhard Schröder auf dem SPD-Bundesparteitag.

»Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der EZB-Rat seine expansive Geldpolitik zügig beendet, wenn es aus Sicht der Preisstabilität notwendig ist.«

Jens Weidmann, Bundesbank-Präsident, mahnt zu einem rechtzeitigen Ausstieg aus der Politik des ultralockeren Geldes.

»Die Bank von England machte denselben Fehler wie viele durchschnittliche Privathaushalte: Sie hat die Auswirkungen der Inflation unterschätzt.«

George Soros, Chairman der Open Society Foundations.

»Alle Zeichen deuten nun auf eine Festigung und Verbreiterung der Erholung in der Euro-Zone hin.«

Mario Draghi, EZB-Präsident, versprüht Konjunktur-Optimismus.

»Premierminister Modi und ich sind weltweite Anführer in den sozialen Medien.«

Donald Trump über seinen Gast, Narendra Modi, indischer Premierminister.

»Ja, es geht um die weitere Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung.«

Hans-Peter Friedrich stellt sich gegen die „Ehe für alle“.

»Und deshalb spreche ich mich dafür aus, dass wir die Verhandlungen wirklich für ein solches Freihandelsabkommen wieder in Gang bringen und dabei auch die Vielzahl der Probleme miteinander klären.«

Angela Merkel spricht sich für einen neuen Anlauf bei TTIP aus, um Handelsprobleme mit den USA zu umgehen.

TERMINE

3.7. WILLY-BRANDT-STIFTUNG ZUR SOZIAL-LIBERALEN KOALITION UNTER BRANDT

Buchvorstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und des Bundesarchiv zu den vom Bundesarchiv herausgegebenen „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1972“, u.a. mit Dr. Edgar Büttner vom Bundesarchiv und dem Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD Prof. Gisela Diewald-Kerkmann Forum Willy Brandt Berlin, Unter den Linden 62-68, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

4.7. INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK ZU DEN BEZIEHUNGEN EU-ZENTRALASIEN

Lunchveranstaltung des Instituts für Europäische Politik zum Thema „Prospects of EU-Central Asia Relations“, u.a. mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien Peter Burian Europäisches Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

6.7. SCHWARZKOPF-STIFTUNG ZU JUNGEN TÜRKEN IN DEUTSCHLAND

Diskussionsveranstaltung der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa zum Thema „Warum wählen junge Deutsch-Türk*innen Erdogan?“, u.a. mit dem Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung Prof. Haci Halil Uslucan Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, Sophienstraße 28-29, 10178 Berlin (Anmeldung erforderlich).

11.7. BMUB ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

Tagung des Bundesbauministeriums zum Thema „Bürgerbeteiligung auf Bundesebene - Erfolge und Perspektiven“, u.a. mit dem Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth, Anna Renkamp von der Bertelsmann Stiftung und der Bürgervertreterin im Nationalen Begleitgremium Bettina Gaebel Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).